

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 4

Artikel: Der zerbrochene Mythos : der "Deutsche Weg" als gefährliche Illusion
Autor: Mühlfenzl, Isabel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166859>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Isabel Mühlfenzi

promovierte nach dem Studium an den Universitäten München und Nürnberg zum Dr. oec. Von 1962 bis 1992 war sie in der Wirtschaftsredaktion des Bayrischen Rundfunks tätig. Seither arbeitet sie freiberuflich als Buch- und Filmautorin sowie als Moderatorin mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaftspolitik, Geldtheorie, Corporate Finance und Public Choice.

DER ZERBROCHENE MYTHOS

Der «Deutsche Weg» als gefährliche Illusion

Die meisten deutschen Politiker stecken den Kopf in den Sand, wenn es darum geht, die «deutsche Krankheit» zu erkennen und Heilmittel dagegen zu finden. Erst in den letzten Wochen und Tagen wächst das Bewusstsein, dass nur eine Rosskur dieses Land wieder vom Fleck bringen kann. Doch dazu fehlen wesentliche Voraussetzungen.

«Seit einigen Monaten beurteilen wir die deutsche Lage negativer, denn die Regierung hat an Schwung verloren, und die gesamtwirtschaftlichen Aussichten haben sich verschlechtert», meldete eine englische *credit ratings agency* im Februar. Im britischen «Economist» konnte man im Dezember lesen: «Deutschland leidet an einer schweren ökonomischen Krankheit und an der Unsicherheit über seinen Platz in der Welt (...) Die meisten deutschen Politiker reden zwar davon, dass Reformen nötig sind, aber die wenigsten scheinen zu erkennen, wie dringend und radikal diese sein müssen, wenn die Wirtschaft wieder Tritt fassen soll.» Die Deutschen seien sich gar nicht bewusst, so argwöhnen angelsächsische Marktwirtschaftler, wie sehr sie ihre Regierung «schlafwandlerisch in die Stagnation» führe.

Aus einer gewissen Distanz werden die wunden Punkte besser erkannt, als wenn man mitten in den Problemen steckt. Die Überbringer schlechter Nachrichten sind niemals beliebt, und häufig ernten sie für ihre Botschaften nichts als Prügel. Damit hatte schon Cassandra ihre Probleme. Die Botschaft von einer besseren Welt verkauft sich besser als die schonungslose Analyse der Realität. Es steht heute fest, dass Deutschland in den letzten acht Jahren das schwächste Wachstum in der EU aufwies und die deutschen Aktienkurse stärker als alle anderen gefallen sind. Das ehemalige Wirtschaftswunderland hat sich überschätzt. Deutschland lebte die letzten 20 Jahre über seine Verhältnisse, in einem erstarrten System mit veralteten Regeln, Illusionen und Schlagworten, z.B. mit jenem von der sozialen Ausgewogenheit und der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Die Politik ist dilettantisch und orientierungslos, und dem Staatsschiff fehlt in den

Stürmen der Weltpolitik das Steuerruder. Aus der hochgelobten Konsensgesellschaft wurde ein Diskutierclub, der vor lauter Reden zu handeln vergisst. Die Lethargie des Konsumalltags hat die Masse der Bürgerinnen und Bürger erfasst. Sie beschweren sich zwar und rufen nach Reformen, aber fast niemand ist bereit, etwas zu ändern und auf staatliche Privilegien zu verzichten. Der Wohlfahrtsstaat hat alle satt und träge gemacht.

Verantwortungslosigkeit ist teuer

Es ist im Grunde verständlich, dass die Deutschen sich wohl fühlen in ihrem Wohlfahrtssystem mit seinen generösen Angeboten und mit seiner hervorragenden Infrastruktur. Weshalb soll man das freiwillig aufgeben und unangenehme Veränderungen hinnehmen? «Die Deutschen glauben nicht wirklich, dass eine Krise bevorsteht» schreibt der «Economist». Sie leben in einer Gesellschaft, in der kaum mehr jemand bereit ist, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, deshalb greift auch der Staat immer tiefer in die Taschen seiner Bürger. Doch Verantwortungslosigkeit ist teuer. Der Mechanismus der Umverteilung verschlingt Unsummen, und auf der Suche nach der Verteilungsgerechtigkeit wird übersehen, dass der Topf immer leerer wird. Unter dem Etikett «Sozialstaat» läuft ein Mechanismus ab, der immer unsozialer wird, weil er Bürger schröpft und Funktionäre begünstigt. Die Bürokratie ist aber nicht nur teuer, sie lähmt auch den wirtschaftlichen Alltag, deshalb verlassen die Tüchtigen das Land und arbeiten dort, wo man ihnen weniger Steine in den Weg legt und wo sie mehr von ihrem Einkommen behalten können.

Während die Politiker in anderen Staaten im Zuge des internationalen Wettbewerbs die wirtschaftlichen und staatlichen Fesseln lockern, die Bürokratie abbauen und Ausgaben und Steuern senken, glaubte die deutsche Regierung jahrelang, die weltweit empirisch erhärtete ökonomische Erfahrung missachten zu können, dass höhere Staatsausgaben und Steuern das Wachstum ersticken.

Deutschland leidet zweifellos unter der derzeitigen weltpolitischen Situation. Aber die Weltpolitik ist nicht die Ursache; die Krankheit ist weitgehend hausgemacht, sie wird durch die weltpolitische Lage nur verschlimmert. Wenn die Weltkonjunktur wieder anzieht, ist Deutschland noch lange nicht gesund. Deutschland ist plötzlich das Schlusslicht in der EU, dabei ist seine Wirtschaftsstruktur nicht schlechter als jene Frankreichs, Italiens oder Spaniens. Aber die Belastung Deutschlands ist aufgrund der Wiedervereinigung höher. Deshalb muss Deutschland stärker reformieren als andere europäische Staaten.

Deutschlands entscheidender Fehler wurde in den Neunzigerjahren begangen, als man bei der Wiedervereinigung die Chance nicht nutzte, das schon damals marode System zu ändern. Stattdessen wurde es auf die neuen Bundesländer transferiert. Das musste schief gehen. Die Folgen sind heute zu spüren, und es wäre bedauerlich, wenn dieselben Fehler bei der europäischen Ostintegration wiederholt würden.

Was gehört zur Reform?

- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Kürzung des Arbeitslosengeldes für Langzeitarbeitslose
- Kürzung der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme
- Kürzung der Umschulungsprogramme
- Neue Regeln für geringfügige Beschäftigung
- Neuordnung der betrieblichen Mitbestimmung
- Flexiblere Lohnkosten
- Abschaffung der Handwerksordnung
- Lockerung der Vorschriften für moderne technische Handwerksberufe
- Längere Ladenöffnungszeiten
- Selbstbeteiligung im Gesundheitssystem

Deshalb muss
Deutschland
stärker
reformieren als
andere
europäische
Staaten.

«Das deutsche Problem ist eine fundamentale Inflexibilität. Nichts ist erlaubt, alles ist starr geregelt», äusserte der amerikanische Nobelpreisträger Milton Friedman in einem Interview. «Deutschland ist wirtschaftlich und finanziell zu wenig flexibel und kann sich wegen der starren Preise und Löhne nicht an veränderte Bedingungen anpassen. Die Produktivkräfte sind gefesselt. Wenn Unternehmen keine Leute entlassen können, wenn es nötig ist, stellen sie lieber keine ein und produzieren woanders.» Doch das ist es nicht allein. «Wesentliche Probleme, die heute zum Vorschein kommen, sind entstanden durch den finanzpolitischen Fehler beim Umtausch der Ostmark in die Westmark zu einem Kurs von eins zu eins», sagt Milton Friedman. Er glaubt, dass Deutschland auch an der Umstellung auf den Euro leidet, weil es dem Euro mit einer wahrscheinlich überbewerteten DM beigetreten ist, «mit der Folge: Wenn Deutschland sich den anderen Mitgliedern in der EU anpassen möchte, dann müssten Preise und Löhne in Deutschland eigentlich langsamer steigen als in den anderen EU-Ländern und umgekehrt». Aber das ist unmöglich, weil Deutschland im Rahmen der EU keine selbstständige Fiskalpolitik betreiben kann.

Regierung unter Druck

Auch der amerikanische Nationalökonom Allan Meltzer ist der Meinung, dass sich Deutschland nicht an die Veränderung in der Weltwirtschaft angepasst hat. «Das Hauptproblem sind die strukturellen Reformen. Man kann Strukturprobleme nicht mit Gelddrucken und Steuererhöhungen lösen. Die Arbeitsmärkte sind viel zu teuer, die Regeln zu starr und die Lohnnebenkosten zu hoch. Deutschland hat versucht, dies durch Kapitalbildung und Kapitalinvestitionen auszugleichen, aber der Kapitalgewinn war sehr niedrig, deshalb investieren viele deutsche Firmen in Osteuropa und in den USA, wo der Kapitalgewinn höher ist, wo die Arbeitsmärkte flexibler und die Gewinnchancen grösser sind. Die starren Regeln erschweren den neuen jungen Firmen den Marktzugang, doch gerade die kleinen neuen Gesellschaften sind es, die neue Arbeitsplätze schaffen.»

Obwohl allgemein bekannt ist, dass tiefgreifende Reformen des Wohlfahrtsstaates

und eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes notwendig wären, zögert die Regierung, unter dem Druck der Gewerkschaften, den hier skizzierten Weg aus der Krise mit voller Entschlossenheit zu beschreiten.

Für die Gewerkschaften ist jede Reform am Arbeitsmarkt ein Angriff auf ihre hart erkämpften Ziele und ein Angriff auf ihre Macht. Je flexibler die Regeln, desto geringer der Einfluss. Deshalb betonen sie auch bei jedem Reformvorschlag sofort die so genannte «soziale Ausgewogenheit». Jeder Machtabbau wird als «Sozialabbau» diffamiert, auch dann, wenn Reformen in ihrer Auswirkung – vor allem für die Jugend – einen sozialen Fortschritt bringen würden. Wenn die angekündigten und darüber hinaus noch notwendigen Reformen gelingen sollen, dann muss sich die Regierung aus dem Griff der Gewerkschaften befreien, sonst bleiben nur Reförmchen, die den Namen nicht verdienen. Der Mythos von der Konsensgesellschaft, von der «Deutschland AG» ist zerbrochen, der Mythos vom Wirtschaftswunderland ist Geschichte. Deutschland muss Abschied nehmen von der traditionellen Wirtschaftspolitik.

Konfrontation statt Reformstau

Die Konsensgesellschaft hat sozialen Frieden gebracht, aber auch wirtschaftliche Erstarrung und Stagnation, weil sie Reformen blockiert und Deutschland hand-

.....
 Der Mythos
 vom
 Wirtschafts-
 wunderland ist
 Geschichte.

lungsunfähig macht. Die Zeit ist reif für mehr politische Konfrontation. Das entscheidende Problem des Reformstaus besteht darin, dass mehr als zwei Drittel der Abgeordneten auf der Regierungsbank der Gewerkschaft verbunden sind – auch der Bundeskanzler. Die Reformen sind eindeutig gegen die Ziele der Gewerkschaften, die, wären sie dafür, gegen ihre eigenen Ziele votieren müssten. Aber auch die Masse der Bürger fühlt sich unter dem wohlfahrtsstaatlichen Schutz durchaus wohl. Deshalb müssen Reformen gegen den Willen der Gewerkschaften und auch gegen die Wünsche von etwa 50 Prozent der Bevölkerung durchgeführt werden. Dieses «politische Wunder» haben bisher nur *Margaret Thatcher* im UK und *Roger Douglas* in Neuseeland geschafft, die nicht davor zurückschreckten, «mit eiserner Hand» durchzugreifen und auch empfindliche Rückschläge in Kauf zu nehmen.

Die Zeit der Solisten ist in einer global vernetzten Welt vorbei. Wer mitspielen will im internationalen Konzert, muss Notenlesen können, da kann Deutschland keinen Sonderweg beanspruchen. Nach einem Wort des früheren Bundeskanzlers *Helmut Schmidt* ist Deutschland «ökonomisch ein Riese und politisch ein Zwerg». Heute scheint es auch ökonomisch ein Zwerg zu werden, und der vieldiskutierte «Deutsche Weg» ist angesichts der gegenwärtigen Bedeutung der Bundesrepublik nicht viel mehr als ein Zwergenaufstand. ♦

VON DER REDAKTION EMPFOHLEN

Ralf Altenhof, *Die Enquête – Kommissionen des Deutschen Bundestages*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002.

Peter Bendixen, *Das verengte Weltbild der Ökonomie. Zeitgemäss wirtschaften durch kulturelle Kompetenz*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2003.

Hans Bänziger, *Ehre als Ideal, Idol oder Freipass zu töten*, mv Taschenbuch, Rostock 2002.

Edward L. Hudgins (Hrsg.), *Space. The Free-Market Frontier*, Cato Institute, Washington D.C. 2002.

Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, deutschsprachige Ausgabe, Siedler Verlag, Berlin 2003.

Verena Kast, *Abschied von der Opferrolle. Das eigene Leben leben*, Herder Spektrum, Freiburg / Basel / Wien 2003.

Friedrich-Wilhelm Schломann, *Information Warfare – Grenzen und Gefahren des Internets für Gesellschaft, Wirtschaft und Militär*, Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Bern 2002.

Hernando de Soto, *Freiheit für das Kapital! Warum der Kapitalismus nicht weltweit funktioniert*, Rowohlt, Berlin 2002.